

Abstimmung vom 28.5.1978

Haushaltsanierung: Eine Mehrheit ist bereit, fürs Brot etwas mehr zu bezahlen

Angenommen: Zolltarifgesetz, Änderung vom 7. Oktober 1977

Christian Bolliger

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Bolliger, Christian (2010): Haushaltsanierung: Eine Mehrheit ist bereit, fürs Brot etwas mehr zu bezahlen. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 377–378.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Nach dem Nein zur Finanzordnung von 1977 (vgl. Vorlage 268) bleibt die Finanzlage des Bundes angespannt. Schon wenige Tage nach der Abstimmungsniederlage konsultiert der Bundesrat die Parteien, Kantone und Spitzenverbände, doch ein alle Seiten befriedigender Kompromiss kommt nicht zustande.

In aller Eile erarbeitet der Bundesrat dennoch «erste Überbrückungsmassnahmen zur Vermeidung untragbarer Defizite im Bundeshaushalt» (BBI 1977 II 1453), die bereits 1978 budgetwirksam werden sollen. So schlägt er neben tieferen Kantonsanteilen an den Bundeseinnahmen (nur 1978) und höheren Stempelabgaben und Tabaksteuern ausgabenseitig einen Abbau der Verbilligungsbeiträge des Bundes für Brot und Butter vor. Mit diesen Beiträgen gleicht der Bund jeweils die Differenz zwischen den Produktionskosten im Inland und dem Abgabepreis für Importgetreide vom Weltmarkt aus, um damit einerseits die einheimische Landwirtschaft zu unterstützen und andererseits die Konsumentenpreise tief zu halten. De facto reduziert er die Verbilligung beim Brotgetreide über eine Erhöhung der Einfuhrzölle, was sich direkt im Brotpreis niederschlägt. Die Massnahme führt gleichzeitig zu zusätzlichen Zolleinnahmen, die den Bundeshaushalt ebenfalls entlasten.

Der Vorschlag des Bundesrates stösst im Parlament auf die Gegenwehr der Sozialdemokraten, die aber seine Verabschiedung trotz Unterstützung aus Kreisen des Konsumentenschutzes und des Landesrings der Unabhängigen nicht verhindern können. Die SP ergreift hierauf erfolgreich das fakultative Referendum und erzwingt eine Volksabstimmung. Dieses verhindert jedoch nicht die (im Zolltarifgesetz vorgesehene) sofortige Inkraftsetzung der Zolländerung durch den Bundesrat im August 1977).

GEGENSTAND

Der Bund erhöht den Einfuhrzoll für Brotgetreide von 3 auf 28 Franken pro 100 Kilogramm, was nach seinen Berechnungen zu einer Preiserhöhung von rund 5% oder 10 Rappen pro Kilogramm Brot führt. Dies verbessert den Bundeshaushalt von 1978 um rund 118 Millionen Franken, während die anderen vom Bundesrat und Parlament beschlossenen Massnahmen das ursprünglich erwartete Defizit von 2,1 Milliarden Franken um 800 Millionen Franken reduzieren.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Im Abstimmungskampf teilen sich die Parteien und Verbände zwischen links und rechts: Die linken Parteien und die Gewerkschaften einschliesslich des Landesrings der Unabhängigen geben die Neinparole aus, wobei die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände die Stimme freigibt. Die bürgerlichen Parteien einschliesslich der EVP und der Rechtsausserparteien und die Wirtschaftsdachverbände empfehlen, der Sparmassnahme zuzustimmen.

Der Bundesrat bezeichnet die Reduktion der Brotpreisverbilligung als Element eines Gesamtpakets zur Verbesserung des Bundeshaushalts, das insgesamt alle Kreise belastet. Der Konsument spüre von der moderaten

Preiserhöhung wenig. Die Befürworter stossen ins selbe Horn und argumentieren, im Vergleich zum Ausbau des Sozialstaats in den vergangenen Jahren sei das Opfer marginal. Ausserdem sei die Brotpreisverbilligung eine Giesskannensubvention, von der auch der Mittelstand profitiere. Schliesslich habe das Brot viel von seiner Bedeutung als Grundnahrungsmittel verloren. Deshalb sei es demagogisch, bei dieser Vorlage von Sozialabbau zu sprechen.

Genau dies werfen die Gegner der Vorlage vor. Die Massnahme treffe einseitig die Konsumenten, ausserdem gebe es genügend Alternativen, den Bundeshaushalt zu verbessern. Auch kritisieren sie, die Massnahme führe zu unverdienten Importgewinnen für einige Müller.

ERGEBNIS

Mit einem Jastimmenanteil von 54,8% billigt eine Mehrheit der Stimmen den die Erhöhung des Brotpreises. Die Unterschiede zwischen den Kantonen sind eher gering: In fünf Kantonen überwiegen die Neinstimmen, doch nirgends unterschreitet der Jastimmenanteil 40%. Umgekehrt stimmen nur in Zürich und den beiden Appenzell mehr als 60% für die Vorlage.

QUELLEN

BBI 1977 II 1453; BBI 1977 III 232. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1978: Wirtschaft – Landwirtschaft. APS 1977: Öffentliche Finanzen. Vox Nr. 6. NZZ vom 16.5.1978.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.